



Sie haben die Wahl!

Es geht um etwas am 27. September. Zehn Kernforderungen hat der BUND an die nächste Bundesregierung gerichtet – und die Parteien im Bundestag sowie alle ihre DirektkandidatInnen gebeten, bei drei zentralen Zukunftsfragen Farbe zu bekennen. Gebeten haben wir auch fünf BUND-Landesverbände, die Umweltpolitik ihrer CDU-FDP-Regierungen zu beurteilen – im Hinblick auf eine mögliche Mehrheit im nächsten Parlament. Lesen Sie zuletzt, wie viel BUND im Bundestag steckt – und künftig stecken soll.

Liebe BUND-Mitglieder,

die Bundestagswahl am 27. September bietet die Chance, auch eine zukunftsweisende Umwelt- und Naturschutzpolitik zu wählen.

Soll es zurück ins Atomzeitalter gehen? Wollen wir mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke unsere Sicherheit gefährden und künftige Generationen mit noch mehr Atommüll belasten? Nein, das wollen wir nicht! Wir wollen die erneuerbaren Energien ausbauen, Energieeffizienz fördern und das Energiesparen belohnen.

Soll der Klimaschutz wieder als Luxus gelten, auf den man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verzichten kann? Sollen wir auf den Bau neuer Kohlekraftwerke setzen? Nein, das wollen wir nicht! Wir setzen auf eine klimafreundliche Energieversorgung. Wir wollen unsere Lebensgrundlagen – Meere und Flüsse, Wälder und Felder – bewahren und unser Klima schützen. Deshalb fordern wir auch eine naturverträgliche Landwirtschaft, die ohne Gentechnik arbeitet und uns gesunde Lebensmittel liefert.

Endspiel um die Atomkraft

Die zentrale Richtungsentscheidung steht aus Sicht des BUND bei der Frage Atomausstieg an. In den vier Jahren schwarz-roter Regierung ist nicht ein einziges deutsches Atomkraftwerk vom Netz gegangen. Denn die Stromkonzerne investieren in eine strahlende Zukunft: Sie nahmen ihre alten AKW für viele Monate vom Netz, was sie Millionen kostete. Doch hoffen sie auf längere Laufzeiten für ihre alten Meiler nach den Bundestagswahlen und damit auf noch höhere Gewinne. Wird der Atomausstieg allerdings wie geplant fortgesetzt, müssen in der nächsten Regierungszeit sieben AKW vom Netz genommen werden. Die zentrale Frage lautet: Geht es endlich los mit dem Atomausstieg, oder sollen die alten und gefährlichen AKW noch lange Jahre weiterlaufen? Tatsache ist: Atomreaktoren sind und bleiben ein großes Sicherheitsproblem. Das haben die schweren Störfälle in den Kraftwerken Brunsbüttel und Krümmel erneut gezeigt.



Kernforderung ① Für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung

Energie für morgen

Aktiver Klimaschutz setzt voraus, dass wir unsere CO₂-Emissionen in den nächsten Jahren deutlich senken – und damit unseren Energieverbrauch. Passiert ist bisher aber fast nichts. Hier muss die nächste Bundesregierung endlich aktiv werden.

Die Zukunft der Energieversorgung muss den erneuerbaren Energien gehören. Ihr Ausbau kommt gut voran. Aktuell wird der deutsche Strom bereits zu 15 Prozent aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme gewonnen. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen es 2020 bereits über 30 Prozent sein, und die Branche selbst will bis dahin sogar 47 Prozent des Stroms liefern.

Diese guten Nachrichten sind schlechte für die vier großen Stromkonzerne in Deutschland. Ihre Macht gründet auf großen zentralen Atom- und Kohlekraftwerken. Deshalb hoffen sie auf längere Laufzeiten für ihre alten gefährlichen AKW und auf die Genehmigung, viele neue klimaschädliche Kohlekraftwerke bauen zu können. Diese sind technisch und wirtschaftlich darauf angewiesen, rund um die Uhr Vollast zu fahren. Damit aber passen sie nicht zu den Erneuerbaren, die flexible Regelkraftwerke benötigen. Wozu dieser Konflikt führt, zeigt das Beispiel Großbritannien: Eon und EDF haben kürzlich die britische Regierung aufgefordert, den geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien drastisch zu reduzieren – sonst würden sie nicht in neue Kraftwerke investieren. Ein solcher Zielkonflikt droht auch in Deutschland. Deshalb: Wer Klimaschutz und erneuerbare Energien will, muss längere Laufzeiten für Atomkraftwerke verhindern und gegen neue Kohlekraftwerke aktiv werden.

Konzepte mit Zukunft

Eine Richtungsentscheidung ist die Bundestagswahl auch für andere Bereiche unseres Lebens. Wir wollen eine nachhaltige Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung, unsere Böden nicht als Experimentierfeld für die Ausbringung von Pestiziden und gentechnisch veränderten Pflanzen nutzen lassen und den anhaltenden Artenrückgang stoppen, damit unsere Natur intakt bleibt oder wieder werden kann.

Ganz allgemein gilt: Das Morgen ist mit Konzepten von gestern nicht zukunftsfähig zu gestalten. Deshalb bitten wir Sie, die KandidatInnen Ihres Wahlkreises und die Parteien kritisch zu prüfen: Versprechen sie sich für ökologische Lösungen und den Verbraucherschutz einzusetzen, oder diskreditieren sie Umweltschutz als Wachstumsblockade? Setzen sie vorausschauend auf umweltschonende Produkte und Produktionsverfahren – oder auf ein phantasieloses »Weiter so« mit der Folge, dass wir Chancen für die Zukunft verpassen und die Aussicht auf einen fairen globalen Wettbewerb?

Die zehn Kernforderungen des BUND, unser »KandidatInnencheck« und die übrigen Beiträge des Titelthemas möchten Ihnen bei dieser Überprüfung eine Entscheidungshilfe sein. Gehen Sie wählen am 27. September – und stimmen Sie für einen besseren Schutz unserer Natur und Umwelt!

Ihr BUND-Vorstand

Klaus Brunsmeier, Ulrike Mehl, Hubert Weiger

Klaus Brunsmeier, Ulrike Mehl und Hubert Weiger

Umwelt. Zukunft. Wählen!

In zehn zentrale Forderungen hat der BUND seine Erwartungen an die nächste Legislaturperiode gekleidet. Welche Parteien auch immer im Herbst die neue Regierung stellen: Je vollständiger sie diese Forderungen politische Realität werden lassen, umso besser wird Deutschland für die Zukunft gerüstet sein.

① Für sichere, klimafreundliche Energie

Unsere Energieversorgung sicher und klimafreundlich machen – das heißt: erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördern und Energiesparen belohnen. Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke und der Neubau von Kohlekraftwerken gefährden unsere Sicherheit und unser Klima. Deshalb brauchen wir ein klares Nein zu längeren Laufzeiten und zum Neubau von Kohlekraftwerken. Die nächste Bundesregierung muss gesetzliche Grundlagen und umfangreiche Förderprogramme für mehr Energieeffizienz verabschieden. Bis 2020 soll der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung auf über 30 Prozent steigen. Um die Erderwärmung auf maximal 2 Grad zu begrenzen, muss sich Deutschland verbindlich auf eine CO₂-Reduzierung von 40 Prozent bis 2020 verpflichten.

② Für mehr Mobilität mit weniger Verkehr

Auf Intelligenz statt Beton kommt es in der Verkehrspolitik an. Neue Straßen führen zu mehr Staus und Schadstoffen, mehr Lärm, Flächenverbrauch und Naturzerstörung. Intelligente Verkehrspolitik räumt Bus und Bahn Vorrang ein und sorgt dafür, dass mehr Güter auf die Schiene kommen. Weniger Autoverkehr, weniger Lärm und Schadstoffe, mehr Fahrradwege und Grünflächen und weniger Flächenverbrauch – eine solche Politik macht Städte lebenswerter und schützt vor der Zersiedelung unseres Landes.

Die Autoindustrie braucht verbindliche gesetzliche Vorgaben zur Senkung der CO₂-Emissionen neuer Pkw auf einen Durchschnittswert von unter 80 g/km bis 2020. Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen sorgt für mehr Sicherheit und Klimaschutz.

③ Für den Abbau umweltschädlicher Subventionen

Zahlreiche Subventionen schaden der Umwelt, reißen tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte und sind obendrein noch unsozial. Das muss sich dringend ändern. Der BUND fordert:

- die Steuerbegünstigung von Dienst- und Firmenwagen abzuschaffen;
- den Atombrennstoff Uran, Flugbenzin und Schiffs-treibstoffe nicht länger von der Steuer zu befreien;
- die Pendlerpauschale, die Besserverdienende begünstigt und zu Zersiedelung und mehr Verkehr führt, durch eine sozial begründete Pendlerzulage zu ersetzen;
- für Großprojekte im Ausland, die zur Zerstörung der Natur beitragen, nicht mehr staatlich zu bürgen.

④ Für zukunftsfähige Arbeitsplätze

Rund 1,8 Mio. Menschen arbeiten im Umweltschutz. Bis 2020 werden noch einmal 120 000 Arbeitsplätze allein im Sektor der erneuerbaren Energien geschaffen. Umweltschutz ist ein Jobmotor. Aber mehr Jobs im Umweltschutz kommen nicht von selbst, sondern erfordern politisches Handeln – zum Beispiel Programme zur energetischen Gebäudesanierung und das längst überfällige Energieeffizienzgesetz. Die Förderung des ökologischen Landbaus schafft und sichert mehr Arbeitsplätze als die industrielle Massentierhaltung. Politik kann zur Bewältigung der Wirtschaftskrise beitragen, wenn sie naturverträgliche und ressourcenschonende Unternehmen und Dienstleistungen fördert, statt überholte Strukturen zu subventionieren.

⑤ Für mehr Schutz der VerbraucherInnen

Aufgabe der Politik ist es, die VerbraucherInnen vor Gesundheits- und anderen Gefahren zu schützen. Und nicht die Unternehmen vor den Verbrauchern – wie dies gegenwärtig allzu oft die Regel ist. Zu einem solchen Schutz gehört u. a. die gesetzlich garantierte Wahlfreiheit, auch weiter Lebensmittel ohne gentechnisch veränderte Bestandteile zu kaufen. Zur besseren Information der VerbraucherInnen muss das Siegel »Ohne Gentechnik« eingeführt werden. Gefährliche Chemikalien wie Pestizide oder Weichmacher haben nichts in Lebensmitteln oder Alltagsprodukten wie Kosmetika und Spielzeug zu suchen. Sie müssen verboten werden. Die Risiken von Nanopartikeln sind weiter ungeklärt – zumindest eine Kennzeichnung und Sicherheitsbewertung vor der Vermarktung sollten zur Pflicht werden.

⑥ Für eine nachhaltige Landwirtschaft

In der Landwirtschaftspolitik ist ein grundlegender Kurswechsel notwendig. Wir müssen wegkommen von der enormen Überproduktion von Milch und Fleisch. Denn sie nützt nur wenigen und schadet immens: der Natur, den Tieren in den Massenanlagen, den SteuerzahlerInnen, die den Export der Überschüsse in die Märkte der Entwicklungsländer subventionieren, und den Bauern in der Dritten Welt, deren Landwirtschaft durch diese Exporte zerstört wird. Nicht die industrielle Landwirtschaft, sondern der Ökolandbau, die naturverträgliche Landwirtschaft und die art- und klimarechte Tierhaltung müssen gestärkt werden. Agrarkonzerne dürfen nicht weiter gefördert werden. Nötig ist mehr Transparenz, wer wofür Subventionen erhält.

⑦ Für den Schutz der biologischen Vielfalt

Die Vielfalt unserer Natur ist bedroht. Viele Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume – wie Hochmoore und Auenwälder – sind stark gefährdet. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die biologische Vielfalt zu erhalten. Doch Fakt ist: Das Artensterben geht weiter. Deshalb muss die nationale Biodiversitätsstrategie endlich konsequent umgesetzt werden.

Der BUND fordert ein Konjunkturprogramm Naturschutz in Höhe von mindestens 1,2 Milliarden Euro zur Sicherung der biologischen Vielfalt. Es soll aus drei Teilen bestehen: einem Moorrenaturierungsprogramm, einem nationalen Auenprogramm und einem Programm für Grünbrücken und Wildkorridore.

monotone Forste – keine Freude für unser Auge und die Natur. Nachhaltige Waldwirtschaft ist vielerorts in Vergessenheit geraten. Es ist Zeit, die Weichen für Wälder zu stellen, die diesen Namen verdienen, Wälder, die bedrohten Tieren und Pflanzen dauerhaft Schutz bieten. Dafür müssen in der nächsten Legislaturperiode fünf Prozent der Waldfläche aus jeder forstlichen Nutzung genommen werden. Besonders dringend ist dies zum Schutz von Europas alten Buchenwäldern, für die Deutschland als Hauptverbreitungsgebiet besondere Verantwortung trägt. Die nächste Bundesregierung muss ein wirksames Waldgesetz verabschieden, das die naturnahe Bewirtschaftung der Wälder gewährleistet.



Kernforderung ⑩

Für internationale Gerechtigkeit

KNA

⑧ Für naturnahe Flüsse

Flüsse und Auen gehören zu den artenreichsten und bedrohtesten Naturräumen. Für die Binnenschifffahrt wurden Lebensräume zerstört und die Hochwassergefahr vergrößert. Unsere Flüsse brauchen nicht mehr Beton, sondern eine Politik, die Flussauen als natürliche Überflutungsflächen mit großer Artenvielfalt wiederherstellt. Dafür muss die Wasserstraßenverwaltung reformiert und zu einer Agentur für natürliche Flussgestaltung und ökologischen Hochwasserschutz werden.

Die EU-Vorgaben zur Verbesserung des Zustands unserer Gewässer müssen unverzüglich umgesetzt und die Pläne für einen ökonomisch und ökologisch unsinnigen Saalekanal gestoppt werden.

⑨ Für den Schutz unserer Wälder

Viele unserer heimischen Wälder werden für kommerzielle Zwecke ausgeplündert und sind oft nur noch

⑩ Für internationale Gerechtigkeit

Fast eine Milliarde Menschen hungert. Vielen fehlt es an sauberem Trinkwasser, an ausreichender medizinischer Versorgung und Bildung. Und die Armen trifft der Klimawandel schon heute am härtesten.

Deutschland muss die armen Länder beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen und über die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes hinaus Mittel für die Entwicklungshilfe bereitstellen.

Klimagerechtigkeit schaffen heißt: Die Industriestaaten müssen ihre CO₂-Emissionen drastisch reduzieren, damit Dürren, Hurrikans und Flutkatastrophen nicht weiter zunehmen. Um die Vernichtung von Urwäldern zu stoppen und die Preise für Grundnahrungsmittel in den armen Ländern nicht weiter in die Höhe zu treiben, muss die Beimischungsquote für Agrokraftstoffe wieder gestrichen werden.

Die Parteien antworten

- ① Sind Sie dafür, dass Atomkraftwerke wie geplant abgeschaltet werden?
- ② Sind Sie gegen einen Neubau von Kohlekraftwerken?
- ③ Sind Sie für eine gentechnikfreie Landwirtschaft?

Steffi Lemke für Bündnis 90/Die Grünen

- ① Ja: Atomenergie ist eine Hochrisikotechnologie! Darum halten wir ohne Wenn und Aber am Atomausstieg fest. Wirksamen Klimaschutz gibt es nur durch eine Energiewende ohne Atomkraft. Das erfordert eine konsequente Politik für den Ausbau von erneuerbaren Energien, für Energieeinsparung und Energieeffizienz.
- ② Ja: Braun- und Steinkohle sind die mit Abstand klimaschädlichsten Brennstoffe. Wir lehnen den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke ab. Die sogenannte CCS-Technik ist ein ungedeckter Scheck. Die in Deutschland geplanten Kraftwerke setzen bis zu 140 Mio. t CO₂ frei. Neue Kraftwerke zementieren die ineffiziente Struktur der Stromerzeugung über Jahrzehnte.
- ③ Ja: Agro-Gentechnik widerspricht einer zukunftsfähigen, umweltgerechten Landwirtschaft, die sich an biologischer Vielfalt und an den VerbraucherInnenwünschen orientiert. Gentechnik schafft Monokulturen auf dem Acker, Abhängigkeiten von Großkonzernen und Risiken für Mensch und Umwelt.

Ronald Pofalla für die CDU

- ① Nein. Wir verstehen die Kernenergie als Brückentechnologie, bis erneuerbare und kostengünstige Alternativen ausreichend verfügbar sind. Daher strebt die CDU längere Laufzeiten der sicheren deutschen Anlagen an. Der größte Teil des dadurch erzielten Gewinns soll dazu dienen, über Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu forschen und die Strompreise zu senken. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab.
- ② Nein. Die CDU setzt auch auf eine effiziente, klimaschonende Nutzung fossiler Energiequellen – und darum auf eine schnelle Modernisierung konventioneller Kraftwerke. Die Kraft-Wärme-Koppelung bringt zudem Stromproduktion und -verbrauch näher zusammen.
- ③ Nein. Die CDU spricht sich dafür aus, den Einsatz der grünen Gentechnik zur effizienteren Nutzung und Sicherung von Rohstoffen sowie zur Herstellung von Energiepflanzen sorgfältig zu erforschen. Fragen der Sicherheit und Unbedenklichkeit haben dabei Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen.

Dirk Niebel für die FDP

- ① Nein. Wir brauchen die Kernenergie als Übergangstechnologie, bis erneuerbare Energien genug grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO₂-Abscheidung und -einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht. Die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke muss daher verlängert werden.
- ② Nein. Der Bau hocheffizienter Kohlekraftwerke bleibt

für die Versorgungssicherheit und preisgünstige Grundlastversorgung absehbar erforderlich. Die Stromproduktion im Emissionshandel erfolgt mit festen CO₂-Obergrenzen – die Nachfrage eines neuen Kraftwerks nach Emissionsrechten verdrängt alte ineffiziente Anlagen.

③ Nein. Die verantwortbare Nutzung der grünen Gentechnik ist nötig. Ihr Potenzial betrifft viele Lebensbereiche und bietet Vorteile für Verbraucher, Umwelt und Landwirtschaft: weniger Umweltbelastung, bessere Nahrungs- und Futtermittel (besonders in Entwicklungsländern) sowie optimierte nachwachsende Rohstoffe und ausreichende Nahrungsversorgung weltweit.

Dietmar Bartsch für die Linke

- ① Wir bleiben dabei: Der Ausstieg aus der Atomenergie muss unverzüglich und unumkehrbar erfolgen. Die Energieerzeugung durch Kernspaltung ist und bleibt ein hochgefährlicher, nicht beherrschbarer Irrweg mit völlig ungeklärten Langzeitproblemen bei der Endlagerung.
- ② Ja, wir fordern einen geregelten mittelfristigen Ausstieg aus der Kohleverstromung und wenden uns gegen neue Braunkohletagebaue. Der Neubau von Kohlekraftwerken muss verhindert werden.
- ③ Ein klares Ja. Die Agro-Gentechnik ist teuer und nutzlos. Die von ihr ausgehenden Gefahren für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt sind erheblich. Des Weiteren lehnen wir Tierpatente und gentechnische Eingriffe in das Erbgut von landwirtschaftlichen Nutztieren zur unnatürlichen Leistungssteigerung ab.

Hubertus Heil für die SPD

- ① Atomenergie verhindert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Nutzung der Kernkraft ist auch kein Beitrag zur bezahlbaren Energieversorgung. Die SPD wird diese verantwortungslose Energiepolitik keinesfalls mittragen, mit der wir unseren Kindern weiter wachsende radioaktive Müllberge vor die Tür stellen.
- ② Erneuerbare Energien gewährleisten noch keine vollumfängliche Energieversorgung, darum entscheiden wir uns mittelfristig für Kohle und gegen Atomstrom. Wir setzen auf die Modernisierung der Kraftwerke, alte Kraftwerke sind durch neue hocheffiziente zu ersetzen. Der CO₂-Ausstoß wird ja durch das CAP begrenzt.
- ③ Ich bin für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, weil 80% der BürgerInnen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und den Einsatz der grünen Gentechnik in der Lebensmittelproduktion ablehnen. Grüne Gentechnik bietet bisher keine überzeugenden Lösungen, sondern stellt eine erhebliche Belastung für die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion dar.

Der BUND zur Wahl

Online und offline aktiv



Wir haben die Wahl. Vielleicht nicht immer zwischen allererster Wahl. Aber in jedem Fall zwischen gravierenden politischen Unterschieden – speziell in der Umweltpolitik.

In Hof und in Rostock, in Saarbrücken und Ulm sind die Bundestag-Direktkandidaten der FDP gegen Gentechnik in der Landwirtschaft. In Lübeck, Groß-Gerau und Koblenz lehnen die DirektkandidatInnen der SPD den Neubau von Kohlekraftwerken ab. In Mannheim und Chemnitz plädieren die Kandidaten der CDU gegen längere Laufzeiten von Atomkraftwerken. Im Märkisch-Oderland (Barnim II) ist eine große Koalition von CDU, SPD, Grünen und Linke gegen Laufzeitverlängerungen, neue Kohlekraftwerke und Gentechnik in der Landwirtschaft. Kanzleramtsminister Thomas de Maizière (CDU), der den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung leitet, ist für längere Laufzeiten, für neue Kohlekraftwerke und für den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft.

Das sind einige Ergebnisse des BUND-KandidatInnenchecks. Der BUND hat alle DirektkandidatInnen der Parteien im Bundestag nach ihrer Haltung zur Atom- und Kohlekraft sowie zur Gentechnik befragt. Die BUND-Gruppen konnten zwei wahlkreisbezogene Fragen ergänzen. In 162 der 295 Wahlkreise wurde diese Chance (bis zum Redaktionsschluss) genutzt. Über 60 Prozent der 1495 KandidatInnen haben bereits geantwortet – mit zum Teil interessanten Abweichungen von der Linie ihrer Partei.



Mit dieser Graphik startet das BUND-Spiel auf dem iPhone.

Mit dem Check auf bund.net/wahlen bietet der BUND allen umweltpolitisch interessierten WählerInnen die Möglichkeit, sich rasch einen Überblick über die Positionen der Parteien in ihrem Wahlkreis zu verschaffen oder zu prüfen, was Kanzlerkandidat Steinmeier, Guido Westerwelle, Jürgen Trittin und andere Bundesprominenz meinen. Und Sie können die KandidatInnen direkt kontaktieren, Ihre Zustimmung oder Ablehnung mailen. Schließlich bietet der Check eine gute Möglichkeit, die PolitikerInnen nach der Wahl an ihre Aussagen vor der Wahl zu erinnern.

Ergänzt wird der KandidatInnencheck durch eine Analyse der Wahlprogramme, die Sie ebenfalls auf www.bund.net finden.

Atomkraft im Mittelpunkt

Online und offline steht Atomkraft im Mittelpunkt der BUND-Aktionen zum Wahlkampf. Mit dem Manifest »Machen wir den Weg frei – Atomkraft abwählen« will der BUND viele Menschen dafür gewinnen, die Wahlen als eine Chance zu nutzen, ihr Nein zur Atomkraft zu unterstreichen.

Die Gefahren der Atomkraft machen neben einer Sonderausgabe des Klima-Express' und einem Faltblatt auf bund.net ein Filmspot und ein Spiel deutlich.

Sieben Atomkraftwerke hätten in dieser Legislaturperiode vom Netz gehen bzw. in den nächsten vier Jahren abgeschaltet werden sollen. Bundesverband und Landesverbände unterstreichen mit Aktionen an den Standorten, dass diese Bundestagswahl eine energiepolitische Richtungswahl ist. Auch deshalb setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass die Demonstration am 5. September in Berlin (siehe die Aktionsseite) ein deutliches Signal für eine zukunftsfähige Energiepolitik wird.

Gewählt wird für vier Jahre. Entschieden wird über Jahrtausende.

Norbert Franck

BUND-Mitglieder, die sich im Wahlkampf einmischen wollen, finden auf »www.bund-intern.net« Argumentationshilfen, Mustertexte und Material zum Bestellen.

Schwarz-gelb fit für die Zukunft?

Schwarz-gelbe Koalitionen gibt es in Baden-Württemberg (seit 1996), Niedersachsen (2003), Nordrhein-Westfalen (2005), Bayern (2008) und Hessen (2009). Weil dies zugleich die fünf bevölkerungsreichsten Bundesländer sind, ist einer Mehrheit von Union und FDP ab Herbst auf Bundesebene eine gewisse Wahrscheinlichkeit nicht abzuspüren. Welche Erfahrungen hat der BUND auf Ebene der Länder mit dieser Konstellation gemacht?

Bayern

Bis auf wenige Lichtblicke agieren CSU und FDP umweltpolitisch rückwärtsgewandt und mutlos. Die Wirtschaftskrise ist nicht nur eine gewaltige Herausforderung, sondern auch eine Chance, Klimaschutz und Arbeitsplatzsicherung durch mehr Natur- und Umweltschutz miteinander zu verknüpfen. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und sein Stellvertreter und Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) aber stehen nicht für den erforderlichen Neuanfang.

Statt mit einer innovativen und ökologischen Wirtschafts- und Umweltpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen, geben CSU und FDP kurzfristigen Konzernen- und Lobbyinteressen Vorrang. Das belegen der Einsatz für länger laufende Atomkraftwerke, die Subventionierung der verfehlten Modellpolitik bayerischer Autokonzerne und die Blockade eines von allen übrigen Bundesländern unterstützten Umweltgesetzbuches. Beim Streit um den Ausbau der frei fließenden Donau gibt es allerdings einen Silberstreif am Horizont, nachdem Umweltminister Markus Söder mit Unterstützung der FDP von der bisherigen »Betonlinie« abgerückt ist. Ebenso bemüht sich die Staatsregierung – hier gegen den Widerstand der FDP –, Bayern zu einer gentechnik-anbaufreien Region zu machen, womit sie bundesweit Vorreiter ist.

Der Bund Naturschutz als größter bayerischer Natur- und Umweltverband hat sein Engagement an den umweltpolitischen Brennpunkten Bayerns vor der Bundestagswahl noch verstärkt. Im Vordergrund stehen dabei der Einsatz für ein gentechnikfreies Bayern und für konkrete Klimaschutzaktionen. Widerstand werden wir vor allem gegen unsinnige Prestigeprojekte vom Flughafen- bis zum Autobahnbau leisten.

Sebastian Schönauer, stv. Landesvorsitzender

Hessen

Klimaschutz findet in Hessen nicht statt. CDU und FDP haben keinerlei Ziele und Maßnahmen vereinbart, um die Emission von Treibhausgasen zu senken. Stattdessen wird der Ausbau des Kohlekraftwerks Staudinger unterstützt, der allein den CO₂-Ausstoß von jährlich 5 auf 8 Mio. Tonnen erhöhen wird.

Statt gezielt in die Wärmedämmung von Altbauten oder in den öffentlichen Verkehr zu investieren, wird die geplante Verdoppelung der Mittel für den Landesstraßenbau auf 1 Mrd. Euro in den nächsten fünf Jahren zu einer wahren Straßenbauorgie führen. Auch der von der Landesregierung massiv geförderte Ausbau des Frankfurter Flughafens steht dem dringlichen Klimaschutz entgegen. Laut Genehmigung wird hier nicht einmal das stets von Ministerpräsident Koch versprochene Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr gelten.

CDU und FDP setzen sich vehement für eine Verlängerung der im Atomkonsens vereinbarten Laufzeiten der Atomreaktoren Biblis A und B ein. Immerhin sollen aber die erneuerbaren Energien in Hessen bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 20 Prozent am Gesamtenergieverbrauch (ohne Verkehr) erbringen. Allerdings wird die Windenergie von der Landesregierung als »Windkraftmonster« diffamiert. Ob die von Roland Koch initiierte Nachhaltigkeitsstrategie dazu beiträgt, Hessen einen ersten Schritt in Richtung Zukunftsfähigkeit zu führen, bleibt abzuwarten.

Michael Rothkegel, Landesgeschäftsführer

Niedersachsen

Positiv: Ministerpräsident Wulff bekannte sich nach Amtsübernahme zu einer seit über zehn Jahren ausstehenden Verpflichtung, an der Ems einen Vergleich zwischen Land und Umweltverbänden zu schließen. Zudem steht das Land zum Moorschutz, das Landwirt-



PictureArt © www.fotolia.de

Kernforderung ⑥ Für eine nachhaltige Landwirtschaft



Kernforderung ⑦ Für den Schutz der biologischen Vielfalt

schaftsministerium unterstützt den Gedanken des Biotopverbunds und fördert unser Wildkatzenprojekt.

Negativ: Der Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) ist weithin bekannt für seine unorthodoxe Amtsführung. So unterschreibt der Landwirt schon mal EU-Förderanträge des von seiner Frau geführten Hofes. Im Biosphärenreservat Elbtalauwe sägte der Minister in einem geschützten Auenbiotop demonstrativ Weiden um. Und per Erlass gestattete er amtlichen Naturschützern das Betreten von Flächen nur noch mit Erlaubnis des Eigentümers. Sander setzt zudem auf Atomkraft und die weitere Erkundung des Gorleben Salzstocks.

Nahezu 90 Prozent der Landesgewässer wurden bei einer EU-rechtlich gebotenen Einstufung als »stark verändert« benannt, wohl um sich Kosten für die sonst fällige Verbesserung der Gewässergüte zu sparen. Die Verbändeförderung hat Niedersachsen gestrichen, die Ausschüttung der Bingo-Mittel halbiert, die Förderung für die Nationalparkhäuser drastisch verringert. Dagegen bekommen Großkonzerne, die neue Kohlekraftwerke an der Küste planen, reduzierte Gebühren für die Wassereinnahme in Aussicht gestellt.

Der WWF und der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz wurden aus der »Bingo-Stiftung« entfernt, dafür der Landfrauen- und der Fischereiverband sowie die Jägerschaft neu aufgenommen.

Fazit: Die CDU unter Christian Wulff lässt der FDP im Umwelt-/Naturschutz weitestgehend freie Hand. Ob beim Umweltgesetzbuch oder Naturschutzgesetz: Auf Bundesebene ist Niedersachsen beim Versuch, Schutzinhalte mit eigenen Gesetzesinitiativen und Änderungsanträgen zu schmälern, allzeit an vorderster Front.

*Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Landesgeschäftsführer*

Nordrhein-Westfalen

Seit ihrem Regierungsantritt betreiben CDU und FDP eine Verbraucher-, Umwelt und Naturschutzpolitik, die das zuvor Erreichte zurückschraubt, Standards aufweicht und die Bürgerbeteiligung aushöhlt. Positive Akzente sind trotz eifriger Lippenbekenntnisse zum »Erhalt der Schöpfung« kaum auszumachen. »Privat vor Staat« lautet die Maxime der Landesregierung. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wird zunehmend wirtschaftlichen Einzelinteressen untergeordnet. So setzt Schwarz-Gelb im Energie- und CO₂-Land Nr. 1

den klimafeindlichen Kurs gegen die Windenergie und für die Braun- und Steinkohlelobby fort. Nicht dezentrale Energien werden gestärkt, sondern das Oligopol der Energiekonzerne. Nicht Bio-Bauern werden vorrangig unterstützt, sondern Intensivlandwirtschaft und Tierfabriken. Nicht die Bürgerinnen und Bürger werden vor den Risiken der chemischen Industrie geschützt, sondern Bayer und Co. erhalten freie Hand. Und der Ausverkauf unserer heimischen Wälder ist in vollem Gange. Dazu wurden Mitwirkungs- und Klagerrechte gekappt und die Förderung des ehrenamtlichen Wirkens zurückgeschraubt.

Die konkreten Folgen schwarz-gelben Regierungshandelns sind ernüchternd: Der Störfall ist längst zum Normalfall geworden, nicht zuletzt weil die Umweltverwaltung zerschlagen und die Genehmigungsverfahren für potenzielle Risikobetriebe vereinfacht wurden. Tag für Tag wird die Bevölkerung einer gesundheitsgefährdenden Dosis Feinstaub und Stickstoffdioxid ausgesetzt, weil das Auto politisch Vorrang genießt und industrielle Verschmutzer geschont werden. Beim Klimaschutz behält NRW bundesweit die rote Laterne, der Flächenverbrauch schreitet trotz demographischem Wandel unvermindert fort, und in den wenigen Vogelreservaten ist die Jagd auf Kormorane wieder erlaubt.

Die »Privat vor Staat«-Ideologie hat zu weniger Umwelt- und Naturschutz und zu weniger Gesundheitsschutz für die Menschen im Land geführt.

Dirk Jansen, Landesgeschäftsführer

Baden-Württemberg

Der BUND Baden-Württemberg wollte so kurz vor der Bundestagswahl nicht Stellung nehmen. Für die kritische Auseinandersetzung mit Einzelaspekten der Umweltpolitik im Südwesten finden sich reichlich Beispiele unter www.bund-bawue.de.

Viel BUND im Bundestag

612 Abgeordnete saßen in dieser Legislaturperiode im deutschen Bundestag – 49 davon Mitglieder des BUND. Lernen Sie zwei Frauen und zwei Männer aus unterschiedlichen politischen Lagern näher kennen. Und erfahren Sie das heimliche Wahlziel des BUND.



Gernot/Photocase

Kernforderung ② Für mehr Mobilität mit weniger Verkehr

49 von 612 – wäre dieses Verhältnis repräsentativ für die deutsche Bevölkerung, so müsste der BUND etwa 6,6 Millionen Mitglieder zählen. Trotz aller Anstrengungen und intensiver Mitgliederwerbung haben wir es noch nicht dahin gebracht. Immerhin erfreut sich der BUND bei Deutschlands politischen Entscheidungsträgern offenbar besonderer Wertschätzung, auch wenn der Bundestag das in den letzten vier Jahren ganz gut verheimlichen konnte. Nun ja: 49 BUND-Abgeordnete, das ist zwar eine stolze Zahl – aber eben doch eine Minderheit im Parlament. Andererseits gibt es in jeder der sechs Parteien BUND-Mitglieder. Und wenn die sich nun parteiübergreifend zusammentäten, dann könnte vielleicht das ein oder andere ins Rollen kommen ...

Doch bilden die BUND-Parlamentarier eine sehr heterogene Gruppe, die jenseits ihrer gemeinsamen Mitgliedschaft nicht allzu viel zu verbinden scheint. Und die wohl kaum mal als Ganzes zu mobilisieren ist. Der BUND versucht es trotzdem. Wie schwer er an dieser Aufgabe trägt – einer von vielen als Ihrer Interessenvertretung in der Hauptstadt –, davon mag Ihnen die folgende Vorstellung von vier bekennenden BUND-Mitgliedern im deutschen Bundestag eine leise Ahnung vermitteln.

Hermann Gröhe, CDU

Einziges BUND-Mitglied in der CDU ist Hermann Gröhe. Der 48-jährige Jurist sitzt bereits seit 1994 im Bundestag und ist kein unbeschriebenes Blatt in der Union: Von 1989 bis 1994 war der Westfale Bundesvorsitzender der Jungen Union. Der langjährige Sprecher der CDU/CSU für Menschenrechte und humanitäre Hilfe gehört seit Jahren zum engeren Führungskreis der Unionsfraktion. Seit einem knappen Jahr verantwortet er als Staatsminister die Bund-Länder-Koordination und den »Abbau der Bürokratie«. Über die Partei hinaus bekannt wurde Gröhe – der Ratsmitglied der Evangelischen Kirche ist – als Mitherausgeber des christlichen Magazins »chrismon«.

Sein Wahlkreis Rhein-Kreis Neuss hat es übrigens in sich: Er ist der bundesdeutsche »Hotspot« in Sachen Klimaschutz. Hier stehen die RWE-Braunkohlekraftwerke Frimmersdorf und Neurath, die jedes Jahr etwa 40 Mio. t CO₂ in die Luft blasen, ein neues Kraftwerk ist in Bau (16,6 Mio. t/a). Mit einem »klaren Bekenntnis zur heimischen Braunkohle« erteilt Hermann Gröhe diesem Neubau seinen Segen. Auch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen hält er für »sicher und beherrschbar«. Auf Nachfrage bekennt er »trotz nicht unwesentlicher Meinungsverschiedenheiten in einigen Bereichen« die Arbeit des BUND zu schätzen.

Josef Göppel, CSU

Aus anderem Holz geschnitzt ist da der Franke Josef Göppel. Als »grünes Gewissen« seiner Partei ist der 59-jährige Forstingenieur 2002 nach Jahrzehnten in der Kommunal- und Landespolitik in den Bundestag gerückt – für den Wahlkreis Ansbach. Als Obmann der Union im Umweltausschuss hat er einen parteiübergreifenden »Zukunftssalon Umwelt« initiiert und kürzlich »Globe Deutschland« mitgegründet, ein Netzwerk aus Abgeordneten, die sich auf allen Kontinenten für Umweltfragen engagieren.

Seit 1991 leitet Göppel den Umweltschutzbund der CSU, seit 1993 den deutschen Verband für Landschaftspflege. Im Bund Naturschutz ist er schon so lange Mitglied wie in der CSU: seit 1970. Mit ihm engagiert er sich für eine frei fließende Donau und gegen die Agrotechnik – letztes Jahr stimmte er als einziger Abgeordneter der Union im Bundestag gegen das neue Gentechnik-Gesetz.



Hermann Gröhe



Josef Göppel



Andrea Nahles



Undine Kurth

Andrea Nahles, SPD

Den größten Teil der BUND-Mitglieder im Bundestag stellt die SPD-Fraktion. Unter ihnen sind profilierte Umweltexperten wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber (der aber erst kürzlich für die vom BUND abgelehnte CCS-Technologie eintrat) und die Staatssekretärin im Umweltministerium, Astrid Klug – beide übrigens Jahrgang 1968 und damit noch vergleichsweise jung.

Noch jünger und ungleich bekannter ist Andrea Nahles, mit 39 stellvertretende SPD-Vorsitzende und eine der wichtigsten programmatischen Stimmen der Sozialdemokraten. Wie Gröhe hat die Pfälzerin einst die Parteijugend (die Jusos) geleitet. Im Bundestag sitzt die Partei-Linke seit 2005 (und zuvor schon 1998 bis 2002). So prominent und von den Medien viel gefragt Andrea Nahles ist – die Umweltpolitik gehört sicher nicht zu ihren Schwerpunkten, weder in Berlin noch in ihrem Wahlkreis. Die Frage im BUND-Kandidatencheck, ob sie gegen den Neubau von Kohlekraftwerken ist, beantwortet sie denn auch mit »nein« – und bleibt damit ganz auf SPD-Linie.

Undine Kurth, Bündnis 90/Grüne

Für Sachsen-Anhalt sitzt die 57-jährige Quedlinburgerin Undine Kurth seit 2002 im Bundestag. Sie ist die einzige BUND-Abgeordnete, die aus Ostdeutschland kommt. Die gelernte Krankenschwester und Innenarchitektin ist natur- und tierschutzpolitische Sprecherin der grünen Fraktion und seit vier Jahren parlamentarische Geschäftsführerin.

Befragt nach ihren naturschutzpolitischen Zielen, nennt sie als erstes die Sicherung des »Grünen Bands« als ökologisches und kulturelles Denkmal – was aus Sicht des BUND nun wirklich mustergültig ist. Folgerichtig unterstützt sie das BUND-Projekt am ehemaligen Grenzstreifen seit vielen Jahren intensiv. Außerdem wendet sich Kurth mit dem BUND gegen den weiteren Ausbau von Elbe und Saale und fördert unseren Widerstand gegen die Vielzahl geplanter Riesenanlagen für Schweine in Ostdeutschland.

Geheimes Wahlziel

Der Vollständigkeit halber sei es erwähnt: Auch in der FDP und bei der Linken findet sich jeweils ein BUND-Mitglied (wobei Eva Bulling-Schröter, die umweltpolitische Sprecherin der Linken, im Parteipro-

gramm deutliche Spuren hinterlassen hat). Den größten prozentualen Anteil an BUND-Mitgliedern hat – was vielleicht nicht übermäßig verwundert – die grüne Bundestagsfraktion, wobei ihr die SPD dicht auf den Fersen liegt. Während sich die CSU noch ganz achtbar schlägt, ist die BUND-Präsenz in den übrigen drei Parteien fürs Erste noch sehr ausbaufähig.

Nun muss man ja nicht BUND-Mitglied sein, um den Umwelt- und Naturschutz und das Gebot der Nachhaltigkeit verinnerlicht zu haben. Umgekehrt ist die Mitgliedschaft im BUND allein natürlich kein Beweis für eine Politik, die auf alle drängenden Zukunftsfragen die richtige Antwort gibt (siehe oben). Trotzdem sind wir ein bisschen gespannt, ob es dem BUND gelingt, am 27. September sein – hier sei es verraten – bisher gut gehütetes Geheimwahlziel zu erreichen. Nämlich die Zahl seiner Mitglieder im neuen Bundestag auf »50+« zu steigern.

Severin Zillich



Francesca/Photocase

Kernforderung ④ Für zukunftsfähige Arbeitsplätze